

Erweiterung der Neuparkhallen Kapelle. Am Sonntag, den 26. d. M. Vormittag wurde das neue Gotteshaus an der Schwabinger Straße feierlich eingeweiht. An der Einweihung nahmen etwa 600 Personen teil. Die Feier bewegte sich in dem Rahmen eines glänzenden Gottesdienstes, der durch besondere Vorträge von Gesangschor und einer Weiherede des Bezirksvorstehers Friedrich Stiegler, Leipzig, erweitert worden war. In dankbarer Anerkennung für die Bauleitung und aller, die an dem Gotteshaus mitgeholfen und gearbeitet haben, knüpfte der Redner an Psalm 127, Vers 1 an. Sodann sprach der Bauleiter Architekt Freiberg einige Worte bei Uebergabe des Schlüssels, indem er besonders hervorhob, daß der Bau in eben dem schlichten Geiste ausgeführt worden sei, wie es dem Wesen der Gemeinde entspreche. Namens des Rates der Stadt nahm Herr Stadtrat Schubert an der Feierlichkeit teil und übermittelte die Glückwünsche seitens der Stadtverwaltung. Ein Rundgang durch das neue Gotteshaus zeigt von der Gediegenheit der Bauausführung wie von der praktischen und sparsamen Ausnutzung des Raumes. Besonders schön ist der große Saal, der in einem Altarbild des Malermeisters Bauer (Aue) seinen Haupt Schmuck findet. Die junge Gemeinde kann auf diesen Bau stolz sein, der nur dadurch möglich war, daß die Gemeindeglieder von Aue und Umgebung unter der Obhut des Gemeindevorstehers treu zusammenhielten und daß sich andere Gemeinden Deutschlands an den Kosten beteiligten. Aus Amerika, wie verschiedentlich erzählt wird, ist keine Geldunterstützung gekommen.

Das Schneberger Gymnasium und Seminar. Das Staatsgymnasium und das Seminar in Schneeberg werden mit Wirkung vom 1. April 1923 als zu einer staatlichen öffentlichen höheren Lehranstalt verschmolzen. Die neue Schule wird aus einer Unterstufe (drei Jahre) bestehen, für die der schon jetzt bestehende Lehrplan unter starker Betonung des Deutschen vorsehen ist. Von Untertertia ab tritt eine Gabelung in ein realschulartiges und eine deutsche Oberschulabteilung ein, die beide in getrenntem sechsjährigen Lehrgange ihre Schüler zur Hochschulreife führen. Die erdgenannte Abteilung gabelt sich in Obertertia nochmals in einen realschulartigen und humanistischen Zug. Die deutsche Oberschulabteilung führt den Lehrgang des Sächsischen Philologenvereins ein, der das deutsche Kulturgut in den Mittelpunkt des Unterrichtes stellt, daneben die künstlerischen und technischen Fächer betont und Englisch oder Latein als zweite Fremdsprache aufnimmt. Die zur Zeit noch bestehenden Klassen des Gymnasiums und des Seminars werden im allgemeinen der Reifeprüfung nach dem bisherigen Lehrpläne ausgeführt werden.

Konzerte.

Zweites Konzert des Gallo-Trios. Slavischer Abend. Vorgestragen wurden ein Trio von Anton Dvorak, f-moll, und ein Trio von B. Tschaikowsky, a-moll, dem Andanten eines großen Klaviers (Nikolai Rubinstein) gewidmet. Die Tschechen betätigen in ihrer Kunst seit Jahrzehnten fast ausschließlich ihr Volkstum, und es erscheint uns nicht eben geboten, in diesen Zeitläuften, wo unsere Väter jenseits der Grenze in schwerem Abwehrkampf gegen tschechische Ueberhebung und Annahmung stehen, tschechische Musik zu pflegen. Daß tschechische und russische Musik des Interesses wert sein können, ist in hohem Maße selbstverständlich. Studientrat Dr. Stieber, der nimmermüde Leiter der Volkshochschule, kennzeichnete in kurzen Umrissen Leben und Wirken der Tonsetzer und den Aufbau der beiden Werke. Dvorak ist eine echte Rußlandnatur. Sein Werk atmet schlichtes, warmes Empfinden, ist rhythmisch eigenartig gestaltet, voll charakteristischer, melodischer Wänge, klar und durchsichtig in der Form. Tschaikowskys Werk wirkt weniger eindringlich. Vielfach hart und sinnig, dann wieder voll Wucht, in der Entwicklung einzelner Motive unarabüßlich zeigt es Tschaikowsky als vielseitigen, geistvollen Tonsetzer. In den Variationen ahmt er um Rubinstins Vorliebe für diese Tonlage zu beleuchten, Maßstab, Strauchliche Art leicht und sicher nach. Von russischer Eigenart ist weniger zu verspüren. Die ausführenden Künstler, die Herren Kapellmeister Dalte, Dohsefform und Mad, erzuhrten wieder durch ausgezeichnetes Zusammenwirken. Sie meisterten die Schwierigkeiten glänzend, die Ueberleitung auf Weberholung des Schlußsatzes im Dvorakschen Scherzo herabsetzte ein wenig, doch will das gegenüber den prächtigen Gesamteindrücken nichts belagen. Der Versuch hätte besser sein können. Die Hörer dankten für das Gebotene mit lebhaftem, herzlichem Beifall.

Schwarzberg. Schulumbau. — Notstandsbeiträge. Die Stadtverordneten haben die auf 6 Millionen Mark veranschlagten Kosten des Schulumbaus im Stadteil Wildenau bewilligt, ferner 1 Million Mark statt der vom Rat beschlossenen 100 000 Mark zur Einleitung einer Notstandsbehandlung für Hilfsbedürftige der Stadt.

Flüchtlinge. Auf dem Bahnhof verunglückt. Am Dienstag früh gegen 7 Uhr ereignete sich auf dem hiesigen Bahnhof ein schweres Unglück. Der Wasserleitungsdienstmann Leo N. hat sich aus Erdmannsdorf glitt beim Aufspringen auf den abfahrenden Zug auf dem Trittbret aus und geriet unter die Räder eines Wagens. Dabei wurden ihm der rechte Arm und das rechte Bein abgefahren. Er wurde nach dem Chemnitz Stadtkrankenhaus an der Schönbauer Straße gebracht. Der Schwerverletzte dürfte kaum mit dem Leben davontommen.

Dresden. Hohe Mietsen. Der Rat der Stadt Dresden gibt bekannt, daß am 1. Januar eine erhebliche Erhöhung der Mietsen eintreten wird. — Der Aufschlag, der bisher auf die Betriebskosten geleistet wurde, wird bei weitem nicht ausreichen und die Mieter werden am 1. Januar mehr nachzahlen haben, als sie am 1. Oktober 1922 an Mietsen gezahlt haben. — Die Stadt Dresden beabsichtigt, eine Prozentige Anleihe von 800 Millionen Mark aufzunehmen, die bis zum 2. Januar 1923 unfundiert ist und von da ab zum Nennwert mischbar oder fündbar ist. Das alte Bankkonkordat legt hier von demnach 800 Millionen Mark zu 100 Prozent zur Verfügung und hat sich das Optionsrecht gelehrt auf die restlichen 100 Millionen. — Rat und Stadtverordnete haben einstimmig beschlossen, die Mietsenbefreiung in Dresden-Streben in Gerdart-Dauntonnstraße umzusetzen. Dieser Bescheid wurde dem Richter bei einer Verles am Ende der Hauptmann-Woche des Dresdner Schauspielhauses mitgeteilt.

Wohlfahrt in Böhmen. Große Arbeitslosigkeit. Die Not im böhmischen Erzgebirge nimmt einen immer gefährlicheren Umfang an. Die Arbeitslosigkeit wird von Woche zu Woche größer, die Wehrzahl der industriellen Betriebe steht still, die Arbeitslosen finden keine Abnehmer. Aus Reueß schreibt man: Die Arbeiterchaft der Breitschischen Eisengießerei in Breitenbach wurde entlassen. Sämtliche Eisenerzeugnisse in Böhmen sind ohne Auftrag, und nur ein sehr kleiner Teil der Arbeiterchaft hat noch Beschäftigung. Die Arbeiterchaft in Salsitz haben schon vier Wochen still. Die Reueßer Papierfabrik hat sich aus vollständigen Betriebsstilllegung genötigt, sie hat allen Beamten und Arbeitern gekündigt. Garbis ist im Reueßer Eisenwerk einem großen

Zell der Arbeit und Beamten gekündigt werden. Die vielen Arbeitsangelegenheiten im Reueßer und Reueßer Gebiet sind ohne Auftrag. Die Zahl der Arbeitslosen, welche Unterstützung bedürfen, beträgt im Reueßer Gebiet über 6000, ohne die, die keine Unterstützung bedürfen.

Gerichtssaal.

Der Burgkämmerer Frank. Das Chemnitzer Landgericht hat sich in der vorigen Woche in mehrtägiger Verhandlung mit dem Beseidigungsprozeß des Burgkämmerers Bürgermeisters Dr. Roth gegen den Obersekretär Franke in Burgstadt als Berufungsinstanz zu beschäftigen. Franke war seinerzeit vom Schöffengericht zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Wegen dieses Urteils legte sowohl er, als die Staatsanwaltschaft und Bürgermeister Dr. Roth Berufung ein. Franke hatte die Wahrheit zugunsten behauptet, Bürgermeister Dr. Roth habe im Februar 1920 einen Pakt ausgestellt, damit ein wegen verschiedener Schiedungen gesuchter Kaufmann Jadel sünden könne. Das Gericht verurteilte nach längerer Beweisaufnahme das Urteil dahingehend, daß der Angeklagte Franke unter Aufhebung des ersten Urteils zu einer Geldstrafe von 600 Mark oder fünf Tagen Gefängnis verurteilt werde. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß die eingeklagte Beweisaufnahme die Grundlosigkeit der gegen Bürgermeister Dr. Roth verbreiteten Gerüchte ergeben habe. Das Gericht jedoch könne, da das Strafgesetzbuch nur eine Höchststrafe von 600 Mark zulasse, da die Tat vor Inkrafttreten des Gesetzes über die Vereinfachung der Geldstrafen begangen sei, nur auf die ermäßigte Höchstgeldstrafe zu kommen.

Soziale Entlohnung.

Eine Tatsache, der sich auch viele Angehörige der Linksparteien nicht mehr verschließen, ist die, daß die nahezu gleichmäßige Entlohnung der Jugendlichen und Verheirateten zu großen Härten führt. Jeder der das heutige Leben der Bevölkerung mit anseht, muß den Augustinismus der Bedingten neben der Not der Familienväter und Verheirateten erkennen. Das liegt ohne Frage daran, daß die Gehälter und Löhne für die Jugendlichen und Unverheirateten im Verhältnis zu denen der Verheirateten zu hoch sind.

In erster Linie betrifft das die jugendlichen Handarbeiter, denn diese jugendliche Arbeiter haben unter dem Druck der Zeit schon früh sich einschränken gelernt. Dies bemerkt z. B. das Wert-Studienzentrum, welches einem großen Prozentfuß der heutigen studentischen Jugend das finanzielle Durchhalten der Semester überhaupt erst ermöglicht.

Sehr bemerkenswerte Ausführungen hat zu diesem umstrittenen Problem Dr. Spuler im bayerischen Landtags-Ausschuß gemacht.

Er vertritt die auch in Unternehmungskreisen verfochtene Ansicht einer Kombination aus Leistungs- und Soziallohn. Jeder, der für die Erhaltung des Volkes sorgt, d. h. der Kinder hat und sie möglichst gut zu erziehen bemüht ist, bringt eine soziale Leistung und hat also Anspruch auf Gegenleistung, die in erster Linie in geordneter finanzieller Unterstützung zu bestehen hat. — Auch der Staat muß in der Entlohnung seiner Angestellten distanzieren nach dem sozialen Maßstab, die der einzelnen seiner Diener hat. Er kann nicht weiterhin die zu hohen Gehälter für die Jugendlichen und Bedingten zahlen, während den Verheirateten und den hinterlassenen Familien zu geringe Unterstellungen gegeben werden. Natürlich sind auch die Spitzenorganisationen der Beamten, wie alle Organisationen, dagegen, weil sie nur rein wirtschaftlich und momentan auf den Leistungslohn eingestellt sind, ohne grobe volkspolitische, soziale Gesichtspunkte zu haben. Beim Staat müßte der Wille des Gesetzgebers weitgehende Änderungen schaffen.

Für die privaten Betriebe schlägt Dr. Spuler vor, die Jugendlichen nach Leistung zu bezahlen, aber des Ausgleichs wegen ein Anwartsparlament einzuführen, bei dem die Einlage vom Staat kapitalisiert, verzinst und bei einem gewissen Alter, bei der Verheiratung oder auch, wenn der betreffende nicht heiratet, zu einem bestimmten Zeitpunkt dem Sparrer als Kapital übergeben werden soll. Die praktische Durchführbarkeit derartiger Vorschläge würde natürlich erst in der Zukunft erwiesen werden können.

Vermischtes.

Ein wichtiger Verein. In Hamburg hat sich der Deutsche Volksbund Schwarz-Weiß-Rot zur Bekämpfung der Schwarz-rot-goldenen Reichsflagge gebildet. Er will eine Volksabstimmung über die Herbeiführen. Wir beneiden die Herren, daß sie in einer Zeit, in der dem Reich von allen Seiten Gefahren drohen, keine anderen Sorgen haben. Das Otto Ernst, der Leiter des Ausschusses „Nachmann als Organisator“, einer der Leiter dieses lächerlichen Vereins ist, werden viele bedauern, besonders, da er sich mit seinem letzten Auswühlungsbrama viele Sympathien erworben hat.

Diebstahl in den Siemenswerken. Umfangreichen Diebstahl ist man in den Siemenswerken bei Berlin auf der Spur gekommen. Aus dem Blochwerk in der Siemensstadt sind innerhalb der letzten sechs Monate 407 Autovergaser im Werte von 82 084 000 Mark gestohlen worden. Einige Verdächtige haben gestanden, trotz der genauen Fabrikkontrolle Vergaser im Werte von einer halben Million gestohlen zu haben. Man ist weiteren Dieben auf der Spur und glaubt, daß sich im Wert eine große Diebstahlserie zusammenschließen hat.

Der Streik der Berliner Schauspieler hat sich im Laufe des Sonntags verschärft. Weitauß die meisten Theater haben nunmehr geschlossen. Es wird mit einer längeren Streikdauer gerechnet. Die Streikenden sollen über eine Streikliste von 20 bis 25 Millionen Mark verfügen. Das „E. T.“ spricht die Erwartung aus, daß der Streik alsbald zu Ende gehen werde.

Das Wiener-Schicksal in Rußland. Der Rat der Volkskommission in Moskau hat beschlossen, daß mit 1. Januar 1923 in ganz Rußland das Wiener System eingeführt werden soll.

Letzte Drahtnachrichten.

Die englischen Truppen in Deutschland. London, 29. November. Im Unterhaus wurde gestern der Regierung folgende Resolution, daß die Stärke der britischen Besatzungstruppen in Deutschland am 1. November 559 Offiziere und 8188 Mann betragen habe. Die Besatzungstruppen haben bis zum 31. Juli d. J. 54 850 000 Pfund Sterling empfangen.

Dauerns. Hannover, 29. November. Die Konferenz der großen folgenden europäischen Regierung bequamt die Wirtschaft und Finanzminister hat gestern um 3 Uhr

zusammen. Die Konferenz hat beschlossen, die Besatzungstruppen über die drei folgenden Punkte der Verhandlung über die Besatzungstruppen zu entscheiden: 1. Die Besatzung der öffentlichen Einrichtungen, 2. Die Besatzung der öffentlichen Gebäude, 3. Die Besatzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Besatzung der öffentlichen Verkehrsmittel ist die Besatzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Besatzung der öffentlichen Verkehrsmittel ist die Besatzung der öffentlichen Verkehrsmittel.

Programm des griechischen Ministerrates. Athen, 29. November. Das neue Ministerrate hat sein Programm veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: Die Regierung wird mit allen Kräften für die Erfüllung der Forderungen Griechenlands eintraten, ebenso für die Organisation des Landes, für die Befriedung und Wiederherstellung der öffentlichen Verwaltung, für die Befriedung der Ordnung und für den Schutz der gesetzlichen Interessen der arbeitenden Klassen. Sie wird Maßnahmen gegen die unbedingte Spekulation treffen und ferner die Unterbringung der vertriebenen Griechen. Die Regierung ist fest davon überzeugt, daß sie hierbei auf die Mitarbeit des ganzen griechischen Volkes rechnen könne.

Der englische Gesandte verläßt Griechenland. London, 29. November. Aus Athen wird gemeldet, daß der britische Gesandte Dindley unverzüglich nach Vollziehung der Hinzuhaltung der sechs griechischen Minister und Generale um seine Pässe nachsuchte und den griechischen Behörden mitteilte, daß er nach den Funktionen seiner Regierung Athen zu verlassen habe. Er verließ gestern abend nach Hannover ab, um den Staatssekretär des Marinen Nord Europa persönlich Bericht zu erstatten.

Der griechische Gesandtenprozeß. Athen, 29. November. In dem Hochverratsprozeß wurden Genarh, Soratos, Protopapadakis, Theotokis, Baltajis und General Dajaniotis zum Tode, Admiral Gondas und General Stavros zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe und Degradation verurteilt. — Wie im Hochverratsprozeß beurteilten Personen sind gestern eingekerkert worden.

Die Studentenkravalle in Wien beendet. Wien, 29. November. Die Verhandlungen des Rektors des Wiener Universitäts mit Vertretern der deutschnationalen und jüdischen Studentenschaft sind gestern nachmittags beendet worden. Auf Grund des Ergebnisses der Verhandlungen werden die Vorlesungen wieder aufgenommen. Der Rektor hat eine Bekanntmachung erlassen, in der er der Bereinigung Judas seine Billigung ausspricht, weil sie durch ihre Verhalten die Ruhe und Ordnung an der Universität gefördert habe und worin er der Erwartung Ausdruck gibt, daß die deutsche Studentenschaft in seinem Urteil eine ausreichende Bemutterung erwidern und nunmehr an friedlichen Arbeit zurückkehren werde.

Der Daffler notierte heute vormittag in Berlin nordöstlich mit 2850.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Mehl- und Brotpreise. Infolge Erhöhung der Getreide- und Kohlenpreise, Frachtlage und Löhne lösen mit Belieferung der Brotmarken 2 98

Gr. Roggenbrot	Wz.	66.—
500		182.—
1000		250.—
1500		690.—
2000		12.—
300		58.—
400		88.—

Da die Bestände bei den Bäckern nachgerechnet werden müssen, wird bestimmt: Brotmarken 2 98 gilt nur bis mit Sonnabend, den 2. Dezember 1922.

Nachbelieferung ist verboten und strafbar. Brotmarken 2 98 darf nur zum neuen Preise beliefert werden, sie gilt ab 2. Dezember 1922, Vorkbelieferung ist verboten und strafbar.

Schwarzberg, den 29. November 1922. Der Bezirksverband der Kunsthandwerker Schwarzberg.

Rue. Katharinen-Jahrmarkt.

Für den Jahrmarkt am 30. November und 1. Dezember 1922 gelten die am 23. November 1921 erlassenen polizeilichen Bestimmungen. Diese können in unserer Polizeiwache eingesehen werden.

Wien, den 29. November 1922. Der Rat der Stadt, Polizeidirektion.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Goldmann. Druck u. Verlag: Kurt Gredt- und Verlagsdruckerei m. b. H. W. W.

Malax - Batik Stoff-Farben zum Färben und Batikern von Geweben jeder Art auf kaltem Wege. Heute praktische Verführung. Kaufhaus Schocken